

Hochzeiten

Das «Liechtensteiner Vaterland» gratuliert folgenden Paaren zur Vermählung:



Ronny Mahoney von Deutschland in Bregenz und Luna Kiworra von Mauren in Schaanwald
Bild: Rudi Schachenhofer



Patrik Vollmar von Balzers in Vaduz und Rita Eirich von Deutschland in Memmingen

Gratulation

Karl Wolfinger, Alte Churerstrasse 13, Balzers zum 80. Geburtstag

Morgen, Sonntag

Theresia Jehle, Zollstrasse 68, Schaan zum 95. Geburtstag

Christa Tauern, Landstrasse 317, Triesen zum 91. Geburtstag

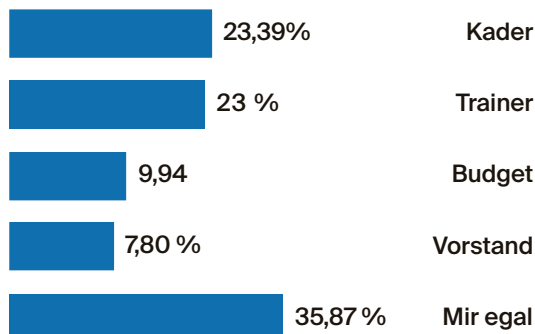
Gilbert Beck, Haldenstrasse 13, Triesen zum 83. Geburtstag

Paula Verling, Winzergasse 4, Vaduz zum 83. Geburtstag

Wir wünschen den Jubilaren Gottes Segen, Gesundheit, Wohlergehen und ein schönes Geburtstagsfest.

Umfrage der Woche

Frage: Der FC Vaduz überwintert am Schluss der Tabelle – auf dem Abstiegsplatz. Wer trägt die Schuld?



Zwischenergebnis der Umfrage mit 513 Teilnehmern. Jetzt mitmachen auf: www.vaterland.li

Impressum **Vaterland**

Herausgeber: Vaduzer Medienhaus AG
Geschäftsführer: Daniel Bargetze
Chefredaktor: Patrik Schädler (sap)
Druck: Samedia Partner AG, 9469 Haag
Adressen:
Vaduzer Medienhaus AG, Postfach 884, 9490 Vaduz
Tel. +423 236 16 16, Fax +423 236 16 17.
Redaktion: Tel. +423 236 16 16, E-Mail: redaktion@vaterland.li, sport@vaterland.li
Inserate: Tel. +423 236 16 63, Fax +423 236 16 17, E-Mail: inserate@vaterland.li
Abonnementdienst: Tel. +423 236 16 61, E-Mail: abo@vaterland.li
Internet: www.vaterland.li

Regierung muss eine Übergangslösung finden

Gesundheitswesen Damit die Patienten im neuen Jahr nicht im Regen stehen, braucht es jetzt Kompromisse seitens der Regierung. Die Frage ist nur, nach welchem Tarif.

Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

Nach der Aussprache zwischen der Ärztekammer, Regierungschef Adrian Hasler und Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini am Donnerstag ist klar, dass auch eine angepasste Verordnung in den nächsten zwei Wochen das Problem für die Patienten nicht aus der Welt schaffen wird. Es braucht jetzt eine klare Übergangslösung, damit Patienten, Ärzte und Krankenkassen wissen, was ab dem 1. Januar 2017 für obligatorisch Versicherte gilt.

Krankenkassenverband wiederholt sich

Da hilft die gestern versandte Pressemitteilung des Liechtensteiner Krankenkassenverbandes (LKV) wenig. Der LKV wiederholt in der Mitteilung, dass gemäss seiner Rechtsauffassung sowohl der Tarifvertrag als auch die einzelnen OKP-Verträge aufrecht bleiben und sich somit der Patient

um die Kostenrückerstattung keine Sorgen machen muss.

Das Rechtsgutachten der Ärztekammer sagt hier genau das Gegenteil. Demnach würden die Ärzte ab dem 1. Januar 2017 ihre Rechnungen direkt an den OKP-Patienten senden und nicht mehr an die Krankenkasse. Immerhin hier hat der Krankenkassenverband mit der gestrigen Mitteilung den Versicherten etwas Klarheit gebracht, indem er erklärt: «Konkret kann also jeder Versicherte seinen Arzt auffordern, die Rechnung wie bisher an die Krankenkassenversicherung zu senden. Sollte dies der Arzt dem Patienten verweigern, kann der Patient die Rechnung bei der Krankenkassenversicherung einreichen.»

Ob die Kosten dann von der Versicherung in jedem Fall übernommen werden, bestätigt der Krankenkassenverband nicht. Denn selbst bei einer kulantanten Haltung der Krankenkasse muss die Regierung noch Klarheit schaffen.

Regierungschef hofft auf ein Signal

Obwohl sich alle Ärzte darauf vorbereitet haben, dass sie ab dem 1. Januar 2017 nach dem schweizerischen Tariffsystem Tarmed abrechnen, müssen sie dies nach ihrem gemeinsamen Beschluss nun nicht tun. «Durch den Entschluss, den neuen OKP-Verträgen nicht beizutreten, entfällt die Anwendung des Tarmed, da dieser nur in der OKP gesetzlich vorgeschrieben ist. Die Ärzteschaft wird weiterhin den liechtensteinischen Arzttarif anwenden und damit für Kostenstabilität sorgen, da die Einführung von Tarmed gemäss Aussagen der Politik zu einem ungewollten Kostenschub führen könnte», erklärten die Ärzte bereits an der Pressekonferenz am Dienstag.

Das es hier eine Übergangslösung braucht, hat gestern sowohl Regierungschef Adrian Hasler als auch Ärztekammer-Präsidentin Ruth Kranz-Candrian bestätigt. «Die Regierung könnte diese Situation entschärfen, wenn sie dem Krankenkassenverband den Auftrag geben würde, die Rechnungen so zu bezahlen, wie sie das bisher immer getan haben. Aber es ist nicht in unserem Einflussbereich, so etwas zu entscheiden», erklärte Ruth Kranz-Candrian im Interview mit Radio L.

Eine einfache Lösung im Sinne der Patienten ist auch Regierungschef Adrian Hasler ein Anliegen. Doch die Frage ist, nach welchem Tarif abgerechnet wird. «Hier kann es durchaus noch einige offene Fragen geben. Ein tolles Signal wäre natürlich, wenn die Ärztekammer nach dem Tarmed

abrechnen würde. Dann hätte man in diesem Punkt Klarheit geschaffen und es wäre für die Krankenkassen einfacher, diese Rechnungen zu bezahlen», so Regierungschef Adrian Hasler gegenüber Radio L.

Solange die juristische Frage, ob die Ärzte ihre OKP-Verträge unter Einhaltung einer sechsmonatigen Kündigungsfrist kündigen müssen (Ansicht LKV und Gesundheitsminister) oder ob die bestehenden OKP-Verträge aufgrund der Tarifmutation per 1.1.2017 nicht mehr gelten (Ansicht der Ärztekammer), nicht geklärt ist, muss die Regierung eine Übergangslösung finden. Denn ohne Übergangslösung ist weiterhin unklar, wer wem und in welcher Höhe die Rechnungen bezahlt. Nur der Patient weiss mit Sicherheit, dass er weiterhin seine Prämien bezahlen muss.

Nicht nur Ärzteschaft übt Kritik an Pedrazzini

Nicht nur die Ärztekammer übt Kritik an der Gesundheitspolitik von Minister Mauro Pedrazzini. Das derzeitige Chaos in der Gesundheitsversorgung wäre auch für den liechtensteinischen Dachverband von Gesundheitsberufen (LDG) vermeidbar gewesen, schreibt der Präsident Hansjörg Marxer in einer Stellungnahme. Die Situation sei durch eine gezielte Kombination von Vermutungen und Unterstellungen provoziert worden. «Die im Dachverband LDG zusammengefassten Gesundheitsberufe teilen die Beurteilung ihrer Partner, den Ärzten. Sie alle sehen in der vom

Ministerium für Gesellschaftsvorgeschlagenen Umsetzung der KVG-Revision einen klaren Schritt in Richtung staatlicher Planwirtschaft zur Rationierung von Gesundheitsleistungen. Staatliche Planwirtschaft ist allerdings erfahrungsgemäss ein zuverlässiger Weg, funktionierende Systeme zu ruinieren», heisst es weiter.

Mehr zum Thema
Die gesamte Stellungnahme des DLG zur derzeitigen Situation lesen Sie auf **Seite 10**.

VU-Wahlbroschüre am kommenden Dienstag oder Mittwoch in den Haushalten



Druckfrisch Der Vorstand der VU-Ortsgruppe Schaan besuchte mit den Schaaner Landtagskandidaten und dem VU-Spitzenkandidaten gestern Nachmittag die BVD. Dabei konnten Karin Rüdissler-Quaderer, Rainer Wolfinger, Thomas Zwiefelhofer, Christoph Wenaweser und Gerald Luchs (v. l.) die frisch gedruckte Wahlbroschüre entgegennehmen. Bild: Daniel Ospelt